

SAHRA WAGENKNECHT

# „Ich halte Märkte für unersetzlich“

Die Sozialistin ist ausgezogen, die Soziale Marktwirtschaft zu verteidigen. Ist das nun ein schlauer Marketingtrick oder späte Vernunft? Darüber diskutiert Sahra Wagenknecht mit *Simon Book, Corinna Nohn und Torsten Riecke.*

“

Ich fand die Gedanken der Ordoliberalen spannend, weil sie ein Kernproblem unserer Zeit beschreiben: die privatwirtschaftliche Machtkonzentration.

**S**ahra Wagenknecht hat gerade ein neues Büro bezogen, noch stehen Bilderrahmen auf dem Boden, noch sticht der Teppichkleber in der Nase. Aber dann weicht der Geruch dem Duft von gebrühtem Kaffee, serviert in schnörkelloser roter Keramik.

Wagenknecht schlägt die Beine übereinander, das Gespräch beginnt. In den kommenden anderthalb Stunden wird sie ihre Sitzposition nicht mehr verändern – auch nicht, als es um das impertinente Frageverhalten des ZDF-Moderators Markus Lanz geht.

**Frau Wagenknecht, wir haben Ihnen etwas mitgebracht: Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“.**  
Das habe ich schon. Aber danke.

**Das haben wir uns schon gedacht. Es war jedenfalls ganz schön schwer, ein Exemplar zu bekommen. Was uns wundert: Mit welcher Chuzpe Sie sich auf ihn berufen. Keine Scheu vor Ideenklau?**

Er gehört niemandem. Aber man kann natürlich fragen: Wer führt seine Tradition fort? Wenn ich mir die heutige Politik der CDU anschau, milliarden schwere Bankenrettung, Subventionierung von Konzernen, Leiharbeit, Werkverträge, Dauerbefristungen, also prekäre Jobs, die den Wohlstand der Mehrheit mindern, das ist nicht die Tradition Erhards.

**Sie selbst waren bisher ja eindeutig links unterwegs. Woher die plötzliche Liebe zu den Vätern der Marktwirtschaft?**

Als Jugendliche habe ich natürlich eher Marx als Eucken gelesen. Ende der 90er-Jahre habe ich dann angefangen, mich in die verschiedenen ökonomischen Theorien hineinzuarbeiten. Ich fand die Gedanken von Walter Eucken und anderen Ordoliberalen sehr spannend, weil sie ein Kernproblem unserer Zeit beschreiben: die privatwirtschaftliche Machtkonzentration, die dazu führt, dass Politik nicht mehr souverän ist, dass Demokratie ausgehöhlt wird, dass Märkte nicht mehr funktionieren.

**Wo haben wir das denn? Die deutsche Wirklichkeit sieht doch anders aus.**  
Auf vielen Märkten dominieren wenige Große, und die werden zusätzlich meist noch vom Staat privilegiert. Beispiel

Energiepreise: Der eine wird von der Umlage befreit, der andere nicht. Großfusionen werden nicht behindert, sondern steuerlich sogar begünstigt.

**Ist Ihre Liebe zu Ludwig Erhard nicht in Wirklichkeit schlicht eine Marketingstrategie für Sie selbst und Ihre Partei?**  
Unsinn. Ich vertrete, was ich für richtig halte, dazu gehören auch wichtige Thesen der Ordoliberalen. Ich würde Ihnen ja auch nicht plötzlich erzählen, dass ich eine Geistesverwandtschaft mit Friedrich von Hayek entdeckt habe, auch wenn das unter Marketingaspekten vielleicht noch wirksamer wäre.

**Sie picken sich die Rosinen bei den Ordoliberalen heraus.**

Nein. Ich habe nie behauptet, dass ich alle Positionen von Ludwig Erhard teile. Aber ich glaube, dass sein Anspruch, „Wohlstand für alle“ zu schaffen, Märkte Regeln zu unterwerfen und Wirtschaftsmacht zu beschneiden, richtig war. Ich teile übrigens auch nicht alles, was Karl Marx geschrieben hat.

**Wo sind Sie anderer Meinung?**

Marx war zum Beispiel der Meinung, dass die Wirtschaft komplett geplant werden könnte und auch sollte, um Krisen zu vermeiden. Das war bei dem niedrigen Konsumniveau damals ein nachvollziehbarer Gedanke. Aber die hochdifferenzierte Wirtschaft von heute kann man nicht durchplanen.

**Aber wo ist denn politisch Ihr Platz – irgendwo zwischen Erhard und Marx?**

Ich finde, man muss geistig wach genug sein, Gedanken aus verschiedenen Traditionen zu bewerten und zu übernehmen, ohne dass man für jede Silbe verhaftet wird.

**Sind Sie politisch erwachsen geworden?**

Ich weiß nicht, ob man das so nennen kann. Ich habe einfach meine Auffassungen verändert, weil ich mich tiefer in die Materie eingearbeitet habe. Früher dachte ich, dass eine Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft sinnvoll ist.

**Und warum sehen Sie das heute anders?**

Das ist schlicht die Erfahrung. Bei großen Konzernen sind die Eigentümer ohnehin nicht mehr die Handelnden. Aber

**Linken-Vize-Chefin Wagenknecht im Deutschen Bundestag: Mehr Markt? Ja, wo es sinnvoll ist.**

bei kleinen und mittleren Unternehmen sind es in der Regel die Besitzer, von deren Ideen und Engagement das Unternehmen lebt. Wenn das wegfällt, das hat ja die Geschichte der DDR gezeigt, ist die Gefahr von Stagnation groß.

**Das hätte Rainer Brüderle nicht schöner formulieren können.**

Formulieren vielleicht, aber die FDP hat schon lange nicht mehr für die kleinen Unternehmer, die Gründungsunternehmer Politik gemacht. Selbst Brüderles Entflechtungsgesetz war ja ganz schnell wieder in den Schubladen verschwunden.

**Wenn man auf Ihre politische Karriere schaut, hat man den Eindruck, dass Sie an entscheidenden Wegmarken meist zu**





”

Ich habe nie behauptet, dass ich alle Positionen von Erhard teile. Aber sein Anspruch, ‚Wohlstand für alle‘ zu schaffen, war richtig.

#### Sahra Wagenknecht wäre dann die letzte Bastion der Sozialen Marktwirtschaft?

Es ist ein originär linkes Ziel, Wohlstand für alle zu erreichen. Die heutige Wirtschaftsordnung leistet das leider nicht mehr. Nach wie vor steigt die Produktivität, aber die Verteilung ist so ungleich geworden, dass die Zugewinne fast nur den oberen zehn Prozent zugute kommen. Die Menschen haben ja heute gar nicht mehr das Gefühl, dass es ihren Kindern mal besser gehen wird. Dann ist doch etwas faul am System.

#### Eine Linke, die marktwirtschaftliche Thesen propagiert. Ist das der späte Sieg der ökonomischen Vernunft?

Märkte sind in bestimmten Bereichen unersetzlich, in anderen funktionieren sie nicht. Der heutige Finanzsektor ist ein Beispiel für einen nicht funktionierenden Markt. Wenige große Investmentbanken bewegen Billionen und haben bei Derivaten, Devisen- und Zinsgeschäften Marktanteile von weit über 50 Prozent. Und da wundert man sich, dass sie manipulieren und sich die Taschen vollstopfen? Die Marktlogik ist auch bei elementaren Grundbedürfnissen wie Gesundheit und Bildung nicht am Platz. Denn Märkte richten sich nach Kaufkraft, nicht nach Bedarf.

#### Wie wollen Sie die Märkte zügeln?

Märkte brauchen Regeln, die Dumpingkonkurrenz ausschließen. Deshalb sind ein gesetzlicher Mindestlohn und die Eindämmung prekärer Arbeit im Grunde liberale Forderungen. Wenn ein Unternehmen mittels Leiharbeit und Werkverträgen seine Lohnkosten drückt und sich faktisch auf den staatlichen Aufstockerleistungen ausruht, während sein Wettbewerber seine Beschäftigten anständig bezahlen will, dann wird Ersterer Letzteren vom Markt verdrängen. Nicht weil er besser, sondern weil er billiger ist. Ludwig Erhard hat in „Wohlstand für alle“ klar gesagt: Ein Kriterium für eine Soziale Marktwirtschaft ist, dass sich die Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer verbessern und die Löhne mit der Produktivität steigen. In Deutschland liegen die Reallöhne heute unter dem Niveau der Jahrtausendwende.

#### Die aktuellen Forderungen der Gewerkschaften liegen aber deutlich darüber, wenn man einen Verteilungsspielraum von zwei Prozent (Produktivitätszuwachs plus Inflation) unterstellt.

Nein. Die Löhne in Deutschland haben sich seit fünfzehn Jahren schlecht entwickelt, in vielen Jahren lag die Lohnsteigerung sogar unter der Inflationsrate. Der Verteilungsspielraum wurde außer 2012 nie ausgeschöpft. Deshalb sta-

gniert ja seit der Agenda 2010 auch der Konsum. Wenn wir wieder Wachstum über den Binnenmarkt wollen, müssen die Löhne kräftig steigen.

#### Was halten Sie von dem Motto „fordern und fördern“?

Klingt schön, aber was ist die Praxis? Da wird einer Alleinerziehenden Hartz IV gekürzt, weil sie keine Schichtarbeit annimmt. Nicht wenige sind nach ein oder zwei Jahren Hartz IV psychisch krank, so dass sie dann nicht mehr arbeiten können. Die Menschenwürde ist auch für Arbeitslose unantastbar.

#### Die Gesellschaft muss doch auch fordern von jenen, die sie unterstützt.

Es ist ein Mythos, dass die Mehrheit der Arbeitslosen faul ist und keine Lust hat zu arbeiten. Wir haben offiziell drei Millionen Arbeitslose und vier Millionen, die dauerhaft in Hartz IV festhängen. Da kann man doch nicht sagen: Euer Problem! Wenn wir eine gesellschaftliche Situation hätten, in der jeder Mensch, der Arbeit sucht, auch eine ordentlich bezahlte Arbeit findet, könnten wir auch über „fordern“ reden. Aber davon sind wir weit entfernt.

#### Wenn man sich die deutsche Wirtschaft anschaut, kann die Marktwirtschaft so schlecht nicht sein.

Die Marktwirtschaft ja, der Kapitalismus nicht. Da, wo kleinere und mittlere Unternehmen am Markt sind, wo Unternehmer und Beschäftigte kreativ sind, neue Ideen haben und umsetzen, da wird der Wohlstand vorangebracht, und da funktionieren auch Märkte.

#### Und wo funktionieren sie nicht?

Wo Unternehmer bankrottgehen, weil die Banken den Kredithahn zudrehen, zum Beispiel. Wer eine gute Idee hat, aber nicht das nötige Kapital, hat heute große Schwierigkeiten, ein Unternehmen zu gründen. Dabei ist die Offenheit von Märkten für Neueinsteiger Grundbedingung für eine funktionierende Marktwirtschaft. Gerade die großen Privatbanken aber machen ihre Rendite viel lieber mit obskuren Finanzgeschäften als mit Mittelstandskrediten.

#### Auch die Commerzbank, die zu einem Viertel dem Staat gehört, vergibt immer weniger Kredite an den Mittelstand.

Das ist ja auch ein riesiges Staatsversagen, was wir dort erleben. Der Staat hat über 18 Milliarden Euro in diese Bank gepumpt. Und das, obwohl die Bank damals nur drei Milliarden wert war. Und dann findet es das Topmanagement völlig normal, sich in Boni zu baden. Und der Großaktionär Staat hält still.

#### Was hätte man besser machen sollen?

Die Bankenrettung in Deutschland war viel dümmer als in den USA. Dort sind die Banken verstaatlicht worden, man hat sie rekapitalisiert und dann irgendwann wieder verkauft. Der Commerzbank hat man stattdessen über stille Einlagen Milliarden gegeben, weitgehend ohne Zins und ohne Mitsprache. Das zeigt, wie die Politik von den Bankern gekauft wurde.

#### Was hätten Sie denn anders gemacht, wenn Sie an der Regierung wären?

Der Staat könnte Einfluss nehmen, natürlich. Selbstverständlich hat in einer verstaatlichten Bank auch Investmentbanking nichts zu suchen, weil es bis auf wenige Bereiche volkswirtschaftlich vollkommen überflüssig ist.

**Fortsetzung auf Seite 58**

**spät dran waren: 1989 in die SED eingetreten, Kant gelesen, während die Mauer fiel, bei Ausbruch der Finanzkrise ein Buch über Ordoliberalismus veröffentlicht. Stimmt Ihr politisches Timing nicht?**

Mit dem Ordoliberalismus habe ich mich im Vorfeld meiner Dissertation beschäftigt. Das war schon um die Jahrtausendwende. Richtig ist, dass mein erstes Buch zur Finanzkrise im November 2008 erschienen ist. Geschrieben habe ich es vor der Lehman-Pleite. Nämlich seit 2006, als man erkennen konnte, dass etwas im Finanzsektor schief lief.

**Sie fühlen sich also zeitlich voll auf der Höhe?**

Wenn die Politik längst umsetzen würde, was mir vorschwebt, und ich in dem

Sinne „zu spät käme“, wäre ich ja ausgesprochen froh. Aber davon kann leider keine Rede sein. Und weil Sie danach gefragt haben: Als ich 1989 in die SED eingetreten bin, entsprach das meiner damaligen Haltung. Ich wollte die DDR verändern. Viel früher hätte mich die SED wohl auch nicht genommen.

#### Setzen Sie nach den Erfahrungen der Finanzkrise mit Ihrem Ruf nach mehr Ordoliberalismus auf den richtigen Trend?

Eine ordnungspolitische Wende hat es bislang nicht gegeben. In der theoretischen Ökonomie werden nach wie vor die neoklassischen Modelle verwandt, als wären sie nie gescheitert. Und in der Politik kann ich auch keine Rückbesinnung auf Ludwig Erhard erkennen.



Fortsetzung von Seite 57

**Wenn wir uns den Zustand der Landesbanken anschauen: Glauben Sie wirklich, dass der Staat der bessere Banker wäre?** Wir brauchen Regeln, die die Banken am Zocken hindern. Die gab es leider auch für die Landesbanken nicht. Deshalb haben sie irgendwann begonnen, statt ihrem Gemeinwohlaufrag zu folgen, in London und New York Goldman Sachs zu spielen. Den Gegensatz dazu bildet das Modell der Genossenschaftsbanken und Sparkassen, die funktionieren gut, haben keine Finanzkrise ausgelöst und haben auch ein viel größeres Mittelstandsgeschäft.

**Karl Schiller hat mal gesagt: „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“. Wäre das eine Haltung, mit der die neue Sahra Wagenknecht leben kann?** So viel Markt, wie es sinnvoll ist. Möglich ist ja viel mehr, natürlich kann man versuchen, alles dem Markt zu unterwerfen, auch Bildung, Wasserversorgung und Gesundheit. Die Frage ist: Wie reguliert muss der Markt sein, damit er funktionieren kann. Märkte – das ist ja auch eine These der Ordoliberalen, die die moderne Ökonomie leider wieder vergessen hat – machen den Großen größer und lassen den Kleinen verschwinden.

**Ihr neues Vorbild Erhard hat gesagt: Der Markt sei besser als der Staat.** Der Staat ist ja auch kein Unternehmer. Da, wo es darum geht, mit persönlichem Einsatz ein Unternehmen zu führen, ist der Staat der Falsche.

**Also wäre eine Verstaatlichung der Banken doch nicht so sinnvoll?**

Welche Banken werden denn heute noch von Unternehmern mit persönlichem Einsatz geführt? Wo ist das Prinzip der Haftung, wenn der Steuerzahler ständig mit einer kostenlosen Rückversicherung bereitsteht? Und was ist das überhaupt für ein Markt, wo man mit der Erzeugung gemeingefährlicher Produkte steinreich werden kann. Das soll ein Leistungswettbewerb sein? Den Wohlstand in Deutschland verdanken wir mit Sicherheit nicht den Banken, sondern den Unternehmen, die reale Produkte erzeugen.

**Aber so ganz ohne Banken geht es nicht. Können wir uns auf Folgendes einigen: Wir brauchen Banken, aber andere?** Wir brauchen Banken als Diener der Realwirtschaft, keine ABS oder CDS und wie diese Giftpapiere heißen. Der Finanzmarkt funktioniert nicht, hier ist kein Korrektiv, das die Anbieter zwingt, Produkte anzubieten, die den Wohlstand erhöhen und nicht schädigen.

**Woher weiß der staatliche Banker, welchen Unternehmen er Kredit geben und wie viel Zinsen er dafür nehmen soll?**

Der Staat entscheidet nicht, wer Kredit bekommt. Er kann allerdings regeln, dass Geld in die reale Wirtschaft fließen muss statt auf die Finanzmärkte. Wucher allerdings, etwa bei den Dispozinsen, sollte staatlich verboten werden. Wenn der EZB-Zinssatz im Null-Kommabereich liegt und der Dispozins zweifelhaft ist, dann stimmt etwas nicht. Fünf Prozent oberhalb des Leitzinses wäre eine sinnvolle Spanne.

**Aber woher weiß der Staat, dass fünf Prozent die richtige Grenze sind, warum nicht zwei oder sieben?** Woher weiß es die private Bank?

Weil der Markt ihr das signalisiert.

”

Als Politikerin will ich natürlich, dass meine Argumente die Menschen erreichen. Das leisten vor allem Talkshows.

Ein funktionierender Markt müsste den Zins durch Konkurrenz und Wettbewerb so senken, dass keine Bank überdimensional viel verdient. Aber beim Dispo funktioniert das erkennbar nicht.

**Das ist aber doch eher kein Problem privater Banken. Oder verlangen die Sparkassen weniger Dispozinsen?**

Nein, da hackt keine Krähe der anderen ein Auge aus. Die Sparkassen haben ohnehin jetzt ernste Probleme, weil sie sich ja nicht wie die Großbanken über Billiggeld von der EZB finanzieren, sondern über Einlagen. Dispokredite gehören da wahrscheinlich noch zu den wenigen margenstarken Geschäften.

**Glauben Sie, dass Sparer ein Recht auf Zinsen haben?**

Ich bin schon der Meinung, dass ein Kleinsparer so viel Zinsen auf sein Sparbuch bekommen sollte, dass damit zumindest die Inflation ausgeglichen ist.

**Sie distanzieren sich seit einiger Zeit vom Euro, ohne zu sagen, was aus der Währungsunion werden soll. Wie sieht Ihr Plan B aus?**

Zunächst muss man mal konstatieren, dass die Währungsunion so, wie sie jetzt ist, nicht funktioniert. Es ist keine sinnvolle Entwicklung, dass einige Länder dauerhaft riesige Überschüsse machen und in anderen Staaten eine Deindustrialisierung stattfindet.

**Was schlagen Sie vor?**

Entweder schafft man europäische Regeln, die alle Länder nicht nur zu bestimmten Steuern verpflichten, sondern auch dafür sorgen, dass die Löhne überall mindestens entsprechend der Produktivität steigen. Von dieser Regel ist Deutschland in der Vergangenheit weit mehr abgewichen als andere Länder – nach unten. Wenn eine solche Ko-

ordination nicht kommt, wird die Währungsunion früher oder später auseinanderfliegen. Dann werden Länder, die dem Wettbewerbsdruck nicht gewachsen sind, ausscheiden.

**Sie haben ja bereits gesagt, dass Sie eine solche europäische Einigung für unwahrscheinlich halten, und fordern mehr Rechte für die Nationalstaaten. Was bleibt dann vom Euro übrig?**

Die entscheidende Frage ist: Wie würde dieses Auseinanderbrechen aussehen? Wenn es keine Kapitalverkehrskontrollen gibt, wenn es keine koordinierte Währungspolitik gibt, die dann Wechselkurse stabilisiert – eventuell durch eine weiterhin bestehende Europäische Zentralbank –, dann hätten wir in Europa ein Trümmerfeld von Kleinwährungen, die Spielball der Spekulation würden. Das sollte man verhindern.

**Wie?**

Die Europäische Zentralbank müsste dafür sorgen, dass die Schwankungen der Wechselkurse in engen Bandbreiten bleiben und Auf- beziehungsweise Abwertung nur entsprechend realer Differenzen bei Produktivität und Lohnstückkosten stattfinden. Die Spekulation müsste entmutigt werden.

**Aber genau das haben wir doch bereits mit dem Europäischen Währungssystem Anfang der 90er-Jahre versucht und sind damit gescheitert.**

Nein, das ist nicht vergleichbar. Damals war die Bundesbank quasi die Leit-Notenbank des EWS. Sie hat aber abwertungsbedrohte Währungen nicht gestützt. Das britische Pfund konnte aus dem System heraus spekuliert werden.

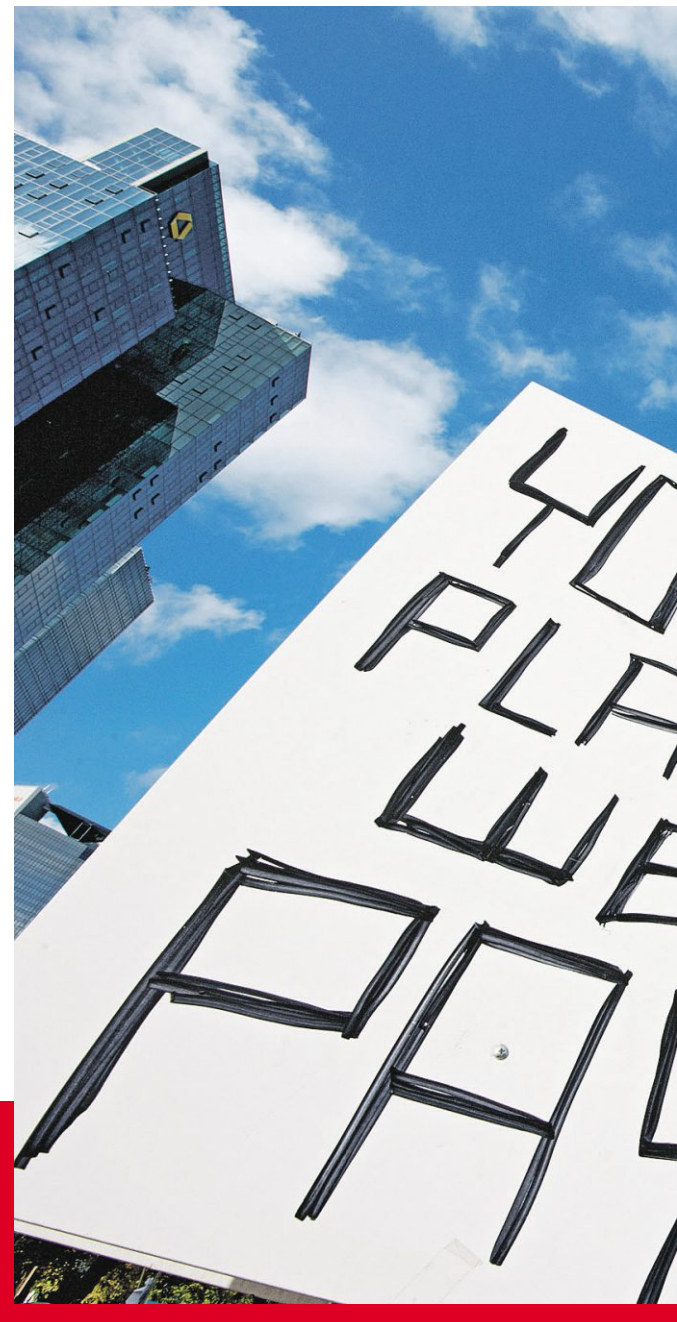
**Wie wollen Sie das gleiche Schicksal heute verhindern?**

Es müsste eine verlässliche Ansage an die Finanzmärkte geben, dass die Wechselkurse verteidigt werden.

**Das geht aber nur um den Preis einer stark aufgeblähten Geldmenge und der damit verbundenen Inflationsrisiken.** Heute haben wir durch die EZB eine weitaus größer aufgeblähte Geldmenge, die riesige Spekulationsblasen produziert.

**Wie wird sich Ihre Partei auf dem Parteitag am Wochenende angesichts der sehr unterschiedlichen Meinungen in der Europapolitik positionieren?**

Der größte Streitpunkt ist natürlich die Verteilung der Listenplätze. Da hoffe ich sehr, dass sich die Vernunft durchsetzt und die Plätze ausgewogen zwischen Ost und West verteilt werden. Es kursie-



ren derzeit Listen, auf denen unter den ersten acht nur zwei Westdeutsche sind. Das geht natürlich nicht.

**Ist ihre gewachsene Popularität ein Vorteil in der parteiinternen Auseinandersetzung?**

Innerparteiliche Kämpfe sind nicht das Feld, auf dem ich mich profilieren möchte. Die Frage, ob der Euro bleibt oder nicht, wird ganz sicher nicht durch Kampfabstimmungen auf einem Parteitag entschieden.

**Lassen Sie uns über Ihre Steuerpläne reden. Sie schlagen massive Steuererhöhungen vor, um die zusätzlichen Ausgaben des Staates zu finanzieren. Erhard wollte die Steuern senken und forderte einen schlanken Staat.**

Als Linke wollen wir Einkommen bis 60 000 Euro im Jahr entlasten. Vor allem aber wollen wir das Unrecht beenden, dass leistungsloses Vermögenseinkommen durch die Abgeltungsteuer steuerlich weit weniger belastet wird als Arbeitseinkommen. Einen Spitzensteuersatz von 75 Prozent fordern wir nur für Einkommensmillionäre.

**Lohnt sich dann die Leistung noch?**

Die meisten Menschen leisten sehr viel und verdienen im Leben keine Million, geschweige denn im Jahr. Und es hat sicher auch wenig mit Leistungsgerechtigkeit zu tun, wenn man Erbschaften fast gar nicht mehr belastet. Ich erinnere daran, dass sich der Ordoliberale Alexander Rüstow bei sehr großen Erbschaften für einen Grenzsteuersatz von 100 Prozent ausgesprochen hat.



Wagenknecht mit den Handelsblatt-Redakteuren Corinna Nohn, Simon Book und Torsten Riecke (v.l.).

Michael Krug





**Demonstration gegen Bankenrettung in Frankfurt:** Kapitalismuskritik hat es weit in die Mitte der Gesellschaft gebracht.

#### Kann der Staat nicht mit weniger Steuereinnahmen auskommen?

Ich bin nicht der Meinung, dass der Staat generell seine Ausgaben erhöhen soll. Ich hätte mir gewünscht, der Staat hätte bei der Bankenrettung nicht so viel Geld verschleudert. Und jetzt will man noch Altlasten der europäischen Banken von bis zu einer Billion Euro still und heimlich auf den Rettungsfonds ESM übertragen, da graust es mir.

**Beim Thema Steuern geht es ja auch um Gerechtigkeit. Was ist für Sie gerecht?** Leistungsgerechtigkeit beginnt mit Chancengleichheit. Wenn ich einem Kind aus einer Hartz-IV-Familie nicht die Chance gebe, über Schule, Studium oder gute Berufsausbildung später eine qualifizierte Arbeit aufnehmen zu können, dann kann ich nicht von Leistungsgerechtigkeit reden.

#### Grundsätzlich sind Sie aber auch dafür, nach Leistung zu entlohnen.

Ja. Gerade deshalb kann es nicht sein, dass wir die wertvolle Arbeit eines Altenpflegers miserabel entlohnen, und ein dreißigjähriger Investmentbanker streicht in kürzester Zeit Millionen ein. Das hat mit einer echten Leistungsgesellschaft nichts zu tun.

**Solche Thesen kommen an in der Bevölkerung. 27 Prozent der Deutschen sagen, Sie sollten in der Politik eine wichtigere Rolle spielen. Haben Sie da einen Nerv getroffen?**

Ich glaube, dass viele Menschen das ähnlich empfinden. Wir sind ein sehr reiches Land, unsere Produktivität

„

Der Ordoliberalen  
Alexander Rüstow hat sich  
bei sehr großen Erbschaften  
für einen Grenzsteuersatz von  
100 Prozent ausgesprochen.

wächst, und trotzdem müssen sich viele einschränken. Die Menschen merken, dass der Mythos „Leistung lohnt sich“ an der Realität scheitert.

**In manchen Wochen hat man den Eindruck, Sie baden regelrecht in der Öffentlichkeit - in so vielen Talkshows sitzen Sie. Bei Markus Lanz sind Sie jetzt massiv angegangen worden. Warum tun Sie sich das an?**

Als Politikerin will ich natürlich, dass meine Argumente die Menschen erreichen. Das leisten öffentliche Veranstaltungen, aber vor allem Talkshows, bei denen gleich mehrere Millionen Menschen zusehen.

**Es ging bei Lanz um eine Formulierung aus dem Wahlprogramm der Linken, wo es heißt, die EU sei militaristisch, undemokratisch und neoliberal.**

Die Formulierung war plump, aber die damit gemeinte Kritik ist natürlich nicht falsch. Es ist doch so, dass die EU-Kommission vor allem die Interessen großer Banken und Konzerne vertritt. Das ist das Gegenteil dessen, was Walter Eucken vorgeschlagen hätte. Und natürlich hat die EU ein großes Demokratieproblem. Die Kommission ist eine Agentur von Wirtschaftslobbyisten. Im Parlament sitzen ebenfalls oft mehr Wirtschaftsvertreter als Abgeordnete in den Ausschüssen. Und leider stimmt es auch, dass die EU sich militärische Einheiten wie die Battle Groups leistet.

**Die Menschen nehmen Sie als kühle Intellektuelle wahr - auch in der Talkshow bei Markus Lanz waren sie sehr beherrscht. Umso erstaunter war die Öffentlichkeit und wohl auch die eigene Partei, als Sie sich in der „Gala“ als Frida Kahlo aufwendig fotografieren ließen. Warum haben Sie das gemacht?**

Ich habe eineinhalb Jahre darüber nachgedacht, weil es ein Grenzfall war. Als Politikerin möchte ich die Menschen mit meiner Politik überzeugen. Fotos sind keine Argumente. Deshalb habe ich so lange gezögert. Andererseits ging es darum, Motive aus Bildern von Frida Kahlo nachzustellen. Sie war eine sehr politische Künstlerin, die sich für die arme Landbevölkerung in Mexiko engagierte. Das hat den Ausschlag gegeben.

**In Ihrem Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ sagen Sie den Untergang der kapitalistischen Wirtschaftsordnung voraus. Glauben Sie wirklich, dass der Prozess**

**der schöpferischen Zerstörung zum Stillstand gekommen ist?**

Nein. Natürlich haben wir in mittelständischen Branchen wie dem Werkzeugmaschinenbau viele Wettbewerber, die sich mit technologischen Innovationen international behaupten. Aber in anderen Branchen haben wir eine sehr starke Vermachtung. Daran ist die Politik mitschuldig, weil sie Großunternehmen in jeder Hinsicht begünstigt. Denken Sie an die Steueroasen für internationale Konzerne.

**Ihre Kapitalismuskritik scheint mehr eine Kritik des Staates zu sein.**

Das gehört ja zusammen. Wie Eucken richtig beschrieben hat: Wenn sich in der Wirtschaft die Macht konzentriert, verliert der Staat seine Unabhängigkeit.

**Wie zeigt sich das?**

Da werden Gesetze von Wirtschaftskanzleien geschrieben. Da werden willfährige Politiker nach dem Ausscheiden mit hochdotierten Jobs belohnt und verdienen zum ersten Mal im Leben richtig viel Geld. Da werden Parteispenden gezahlt, um Einfluss auf die politische Richtung zu nehmen. Wirtschaftlich starke Akteure machen sich die Politik gefügig. Wir müssen beides ändern: die Politik und die Wirtschaft, zum Beispiel durch Entflechtung und mehr Wettbewerb.

**Wie wollen Sie Konzerne wie Google oder Banken durch nationale Gesetze kontrollieren, wenn Gelder per Mausklick über Grenzen bewegt werden?**

Früher gab es Kapitalverkehrskontrollen. Man sollte sich also durchaus fragen, ob deren Abschaffung oberhalb bestimmter Bagatelengrenzen ein zivilisatorischer Fortschritt war. Natürlich können wir regeln, wer in Deutschland welche Produkte anbieten darf. Wenn die EU Genmais erlaubt, muss er hier noch längst nicht wachsen. Schauen Sie sich die Schweiz an. Die hat ihre Eigenkapitalregeln für Banken viel höher gesetzt. Deshalb sind nicht alle Schweizer Banken geflohen.

**Ist es nicht ein Widerspruch: Sie wollen den findigen Unternehmer, wollen ihn aber stückweise enteignen, wenn sein Unternehmen zu groß wird.**

Ich will Unternehmer nicht enteignen, sondern ich bin für eine Vermögensteuer, die bei Betriebsvermögen nicht an den Staat fließt, sondern die Mitarbeiter am Unternehmen beteiligt. Einige Unternehmen machen das bereits, weil sie erkannt haben, dass ihr Wachstum eben auch ein Verdienst der Mitarbeiter ist. Ich finde das ein gutes Modell.

**Und was machen wir, wenn findige Unternehmer dorthin auswandern, wo ihnen der Staat nicht hineinredet?**

Ach was. Viele verantwortungsvolle Unternehmer wollen, dass es auch ihrer Belegschaft gutgeht. Außerdem können wir doch nicht nur die kleinen Leute besteuern, weil sie weniger mobil sind, und die Reichen immer mehr befreien, weil sie fliehen könnten. Wer gehen will, soll eben gehen.

**Werden wir demnächst das Konterfei von Ludwig Erhard auf Ihren Wahlplakaten sehen?**

Auf meinem letzten Wahlplakat stand die Forderung „Wohlstand für alle“. Das ist etwas, was wir als Linke fordern.

**Frau Wagenknecht, wir danken Ihnen für dieses Interview.**